1470

A470

Mein liebes Herr Doktor!

Wenn ich noch heute Ihr gestriges Schreiben vom 9t. d.M. beantworte, so liegt die Zögerung allein in der Durchsicht und dem Abschreiben des nöthigen Aktenstücks. Ich habe dieselben sogar nur nicht alle, und lasse deshalb diesen Brief einstweilen vorangehen, und gedenke die gewünschten Copien binnen oder zwei Tage an Herrn Rockinger einzusenden. Ich thue dieses auf den Grund, weil unsere Protokolle ganz andere Schriftsätze als diejenigen sind, weil dieselbe in Angelegenheiten der baierischen Ständen weniger mit mir zu thun haben als die Verhältnisse unseres Hospitals genau kennt. Dennoch will ich Ihnen ein möglichst treues Bild der hiesigen Zustände entwerfen, weil sie für Herr Rockinger nicht so im Gesichtspunkte liegen kann. Ich bin mündig schon so mit, daß Fürst Wrede sich unserer Sache annehmen will; Sollen Sie daher demselben die nachfolgende Geschichtserzählung mit d. bitten Sie sie, mit Rockinger darüber zu berathen, der auf nöthigen Falls die Abschriften zur Einsicht vorlegen könte. Ich wende Herrn Rockinger ersuchen unsere Angelegenheit und die willkürliche Verfassung der Regierung gegen die fast ein mündig aufgewachsenen Bürger in irgend einer Form vor die Kammer zu bringen. Es geht nämlich ab, wenn Fürst Wrede unseren Kloster geschichte bei der Entwicklung seiner Anträge über die maurische Verwaltung des Klosters benutzten.

Wichtig wäre es, wenn eine compacte Opposition in beiden Kammern eine Aenderung des Systems herbeiführte; ohne diese glaube ich nicht, daß wir uns die baierische Verfassung versprechen können.

Aktenstück 1. Am 9ten Februar 1844 trat der Präsident der Hospital-Commission mit dem Antrage einer Vollmacht hervor, die nach kurzer Berathung von dem Hospitalrathe Unterzeichnet wurde. Die Mitglieder der Commission wurden indessen einfach übermacht, sie überzeugten in dem guten Glauben, daß durch die Vollmacht nicht bezweckt werde, alle Verfügungen über die Baierische einzuführen, daß sich nicht an etwaige weitere Folgen, während der Präsident, zufolge Ministerium, den ausgedehntesten Gebrauch davon machte. Langen Zeit blieben die getroffenen Schritte den Bürgern ein Geheimniß, weshalb auch von Seite des Rathes nichts geschah. —

Acl. N. 2.

Acl. N. 3.

Acl. N. 4.

Acl. N 6

Acl. 7.

Acl. 9

Seit im Anfange des Jahres 1845 wurde letzthin anonymerweise
verlangt von dem Bürgermeister Aufschlüsse über das Geschehen i.
Bezug dieser und übersendend antwortete, so wandte sich der Stadtrath mit
der Bitte an das Königl. Landcommissariat, daß letzteres die Vorlage
des Hospital-rathes-Protokolls an den Stadtrath zur Äußerung und
Beschluß-Fassung veranlassen möge. Hierauf zu gleicher Zeit faßten
sich auch die Mitglieder der Commission beschlussmäßig an das Land-
Commissariat gemeinschaftlich wörtlich für sich ausdrücklich gegen Einsendung des
Protokolls verwahren, und ganz andere Vorschläge machten.

Das Landcommissariat willfahrte indessen dem Wunsche des Stadtraths
und anerkannte den Bürgermeister, das Protokoll vom 9 Febr. 1844
dem Stadtrathe zur Äußerung vorzulegen. In der Sitzung vom 30
April sprachen sich alle Mitglieder mit Ausnahme von zwei anwesenden
gegen Einsendung des barmh. Schwestern aus, während der Bürgermeister
ein entgegengesetztes Votum zu Protokoll gab, gegen dessen etwaige Folgen
indessen das Stadtrath förmlich förmlich protestirte.

Auf dieses Protokoll vom 30 April, sowie auf die Eingabe des hohe. Commissa-
riates wurde nicht die mindeste Antwort der Regierung, was es wohl zu bedeu-
ten habe.

Im Laufe des Januars mußten
zwei Grundartikel in dem in Mainz bestehenden Reglements, wornach
der Stadt- u. Hospitalrath auf einmal und zwar binnen dem 5ten
Juni antworten. Es lag einige Beruhigung zu den Akten u. barm-
herzigen darin, daß, während unsere Regierung den Grundartikel frei
zugeben hatte, der doch die Akten wieder brauche Bürger auf Grundstücke
anzeigt, unsere Häuser in Frage den ganzen mit Mäßigung gesetz-
lichen Grundeinkommen stimmt. Also selbst die Lust der Verschleuderung wollen
gegen uns nicht haben, und wir müssten die seinen Preise einer
Aufbewahrung benützen.

Am 30 September a. J. wurden plötzlich die Obern d barm. Superior der
barmh. Schwestern, Mit diesen schloß der Bürgermeister, ohne die Commission
und den Stadtrath auch nur zu Rath zu ziehen, ohne auch nur eine
Antwort der Regierung auf die beiden aufgestellten abschnenden Protokolle
des Stadt u. Hospitalrathes abzuwarten, Vertrag einseitig u. will-
kürlich einen Vertrag wegen Einführung der barmherzigen Schwestern ab.

In der nächsten Stadtrathssitzung, protestirte von dem Abgeordneten Görg,
protestirte der Stadtrath auch dagegen, gegen diese Vorgehen d.
erklärte den Vertrag für ungültig, bei dieser Gelegenheit wurden auch
eine Deputation, bestehend von Mitgliedern aus Bürgern, welche dem

wegen der Tagblätter wohl unverfänglich Landkommissär die Sitzungen der Bürgerausschüsse und den Polizeidirektor Oberfeldt wegen der Einquartierung so sehr geängstigt, daß der Bürgermeister um eine Escadron Cavallerie bat, die in Speyer sich bereits zum Einzug bereit gehalten hatte. Ferner Pasquillen in welchen der Bürgermeister als „Leu von Cerberus" figurirt, Prügeleien und dergl. Um die Stadtrathssitzung zu verhindern, ließ der Bürgermeister die Sitzung

Art. N3. verlassen, worauf der Adjunkt Berg, weil der Bürgermeister die Sitzung verlassen hatte, wegen der Amtsbeleidigung angeklagt, um allen Anlaß-

haben um einen Grund zu finden, diesen machen. Man sinnt hin und

Art. N6. her, um zu entsetzen, und der Stadtrath einzuschüchtern, dieß bereits auf die endlich erfolgte Entscheidung der Regierung von 25 Oct. v. J. worin

dieß, rücksichtlich der Verwaltung einzig, alles ferneren der öffentlichen Akte nachtheilige Demonstrationen unterbleiben zu machen.

In dieser Entscheidung spricht die Regierung dem Stadtrath ohne weiteres die Befugniß ab, in Hospital angelegenheiten auf was ein Wort mitzureden, während das Landcommissariat das Gegentheil ausgesprochen hatte. Man beraubt denselben Rechts ungerichtet. Ich habe darüber schon längst an seinen Vorgesetzten um seinen Rath, wie wir uns am besten zu benehmen hätten, geschrieben, leider aber noch keine Antwort erhalten. Dringend wünschen Sie ihn doch sehr!

Art. 7. & 8. Die große Majorität des Hospitalrathes erwartet in ihrem Protokolle v. 14 Novemb. abermalls deutliche Vorschläge u. Anordnungen über Vorstands unter aufhebender Entwicklung ihrer Gründe u. überhaupt wie

Art. 9. der Sinn. Ferner wegen der Wahlmasse auf gesetzlichem Weg zu sehen, auf die sich stützen der Bürgermeister so unsittig stützte. Hierauf wegfalle Entlassungs-Genehmigung. —

Die Regierung verfolgt hierbei, ohne die Stadt von der ganzen Bürgerschaft abgegebenen Erklärungen der Bürger im mindesten zu berücksichtigen, nur die Klagen einer verläumderischen ultramontanen Partei u. dem Interesse des einzelnen Mannes, der deßhalb nicht mehr als Mitglied des Gemeinderathes gewünscht. Dieß wendet er übrigens nicht geschehen sei als einfache Beschuldigungen einzuziehen, ob die darauf ihren Pflegen der Unterfall eines Kranken stelle. Viele Mitglieder beider Räthe sind bereit, diese Erklärung schriftlich zu bekräftigen. Jedenfalls gedenken der Bürgermeister durch diese Lösungen fernere Stelle zu erhalten.

Da auf die Protokolle des Hospitalrathes keine Berücksichtigung kam, so wurde nun zu einer Petition an den König selbst geschritten, d. h. dieselbe an Herrn Rockinger mit der Bitte um Unterzeichnung gesandt. Diese ist mit über 500 Unterschriften bedeckt, also von der bei weitem größten Hälfte der Bürger. — Auch dieser Petition, sowie auch dem Protokolle vom 14 Nov. sind die fürsprechlichsten Gründe zu entnehmen, warum wir den Bau hier wollen. Endlich könnten wir nun materielle Gründe anführen, während doch der Hauptgrund ist, daß wir kein Klösterlein Anstalten in der Pfalz wollen, besonders bei einer Regierung, die so offenbar ultramontanen Tendenzen huldigt. Wir wollen keine Pflanzschule der Jesuiten, keine Lehranstalten, die kein wissenschaftliches Gepräge haben würden, als die im Schooße der Familien befindlichen Gemüther der Geistlichkeit zu übergeben, und Klatscherinnen zu bilden. Ich will damit keineswegs die in vielen Beziehungen wohlthätigen Leistungen des Ordens läugnen, halte mich aber an den Ausspruch des würdigen Bezirksrichters Römer: Gib den Barmherzigen Schwestern einen Zoll breit, und sie nehmen eine Elle.

Schließlich bemerke ich Ihnen noch, daß die Stiftungs-Urkunde unseres Hospitals vom Jahre 1493 von Ritter Uebelhirn von Böhl in dem pfälzischen Amtsblatte vom Jahr 1825 nachgelesen ist u. dieses sich gewiß in der Bibliothek der Kammer befindet.

Sie verbinden mich u. alle aufgeklärten Bürger unserer Stadt sehr, wenn Sie unsere Interessen, soviel es Ihnen möglich ist, motiviren, Ihnen soll mich es gar sehr freuen, wenn Sie als Pfälzer Herrn Rockinger unterstützen. Bewegen Sie denselben dringend unsere Sache vor die Kammer zu bringen, ich bin überzeugt, daß auf Ihren Willen gerne seine Stimme Ihnen Durchlaucht den Herrn Fürsten von Wrede stehen Sie mich, was es zu ~~wünschen brauch~~, wissen wünschte, sein entschiedenes Auftreten hat schon viele Herzen zugewendet. Insbesondere brauchen wir Sie nun gegenwärtigen den Ihnen fast schwindlichen Gebrauch zu machen

Am Montage waren die Abgeordneten der Städte in Neustadt versammelt um mir Adressen an unseren geliebten Willich zu notiren. Dieselbe ist fast gut u. wird hoffentlich von allen Abgeordneten unterzeichnet. Sollten Sie aber Ihren Willich nicht mit, damit wir ihn überraschen. So genügt mir zur größten Beruhigung, daß ich im kleinen Pfälzerlein dazu beigetragen haben, daß Willich in der Kammer ist, u. in dieser Sitzung ist mir die freundliche Aufnahme meines Gesetzvorschlags noch lieb geworden. Haben Sie indessen nie die Hoffnung zum Verzagen auf. Sie soll schwindet ~~schwindet~~ [illegible] nur selten u. auf in Baiern wird es selten werden. Doch ist jetzt schon ein ganz anderer Geist in der Kammer als in den letzten 10 Jahren, u. doch haben seine Abgeordneten, wie 1831 die Gemüther in Bewegung gesetzt.

Landshut den 28 Jan. 1846.

Ihr ganz ergebener Diener

L. A. Jordan

Verehrter Freund!

Es scheint, daß die geschäftigen Beschäftigungen, welche Ihnen schon die Zeit raubt entfernt, Sie in unsere Nähe ganz vergessen lassen. Mein Befinden ist mir auf meinem Briefe, da ich schon vor geraumer Zeit um Sie schrieb, noch ohne Ihre werthe Antwort. Ich bat Sie in diesem Briefe um Ihren gütigen Rath, wie wir es anfangen sollen, um den Stadtrath einer seiner nichtigsten Beschlüsse, in Hospitalsachen nichtig zu machen, zu resultiren. In dieser Angelegenheit wünschte ich mir nur Zeile und wünsche nur von Ihnen zu hören, was ob, welche Schritte Sie in dieser Sache am geeignetsten halten. Auf Ihren Rath wollen wir und an einen andern Anwalt wenden, da Sie jetzt wohl nicht Zeit haben für Übernahme einer Recursschrift haben werden? Wir haben vorläufig unsere Eingabe auf die abgewiesene Gesuch gerichtet. — In dieser Angelegenheit bitte ich Sie dringend um recht baldige Nachricht.

Die Petition der hiesigen Bürger werden Sie erhalten haben an den König befördert haben.

Inzwischen habe ich einen Brief von Ihrem Herrn Collegen Tillmann erhalten, der mich auffordert, einen genauen Bericht über unsern Klostergeschichte zu geben und auch die nöthigen Akten Stücke einzusenden. Diesen habe ich bereits an Tillmann geschickt und er wird Ihnen denselben zu Ihrer eigenen Orientirung mittheilen. Tillmann wünscht durch Ihre Vermittelung der hiesigen Verhältnisse zu seinen Vortheilen zu benutzen wünscht.

Ihnen, verehrter Freund, sende ich die Abschriften von fast sämtlichen Aktenstücken und bitte Sie davon Vrede mitzutheilen, was Sie geeignet halten. Ich sende Sie Ihnen schon deshalb, weil Sie davon auch Ihrer Kenntniß haben.

Sie haben bei unserer letzten Unterredung gewünscht, unsere Sache müsse vor die Kammer. Ich weiß nun nicht, wie weit

sich deshalb zu einem förmlichen Antrage eigne, jedenfalls kann sie aber gelegentlich benützt werden, der Regierung vorzuhalten, wie klösterliche oder ähnliche Institute ganz gegen den wahren und allgemeinen Lehrzweck und Willen der Gemeinden eingerichtet werden.

Ich meine aber, unsere Sache eigne sich nur so weit zu einem förmlichen Antrage oder wenigstens zu einer Klage gegen die Kammer, weil 1, die Regierung auf unsere Eingabe vom 30 April keine Antwort gab, sondern wartete, bis der Landtag am 30 Sept. abgeschlossen war; weil 2, die Regierung offen weiter den Standpunkt des Rechts abspricht, in Hochzeitsachen ein Wort mit zu reden, weil sie 3, nicht einmal einen Widerruf einer Vollmacht gibt, und dabei nicht wenigstens eine Untersuchung veranlasst, ob der Landgerichtsrath nicht wirklich seine Vollmacht überschritten habe.

Wie weit sich diese Punkte entwickeln lassen, müsst ich freilich Ihrem besseren Wissen anheimgestellt sein lassen. Mir ist Ihr Eifer u. Ihr Interesse an unserer Klostergeschichte zu wohl bekannt, und mich mit Ihnen darüber besprechen zu dürfen, dass Sie dazu thun, was Ihnen möglich ist. Ich halte es für ein dankbares Feld gegen die Klöster in der Kammer zu kämpfen, u. zweifle nicht, dass Sie vielseitig unterstützt würden. Sie werden auf den Aktenstücken u. auf den Briefe, den ich an Ihren Fillman schreib und den ich zu lesen bitte, viele Punkte auffinden können, die für den Herrn Minister Abel verwendbar sind.

Da ihnen der Inhalt des Stiftungsbriefes vom Ritter Uebelhirn z Böhl für Ihre abzugebenden Anträge wohlgemeint sein wird, so bemerke ich Ihnen, dass Sie denselben im Intelligenzblatt pro 1825 Nro 3, 4 & 5 nachlesen können. Wünschen Sie noch weitere Aufklärung, so verfügen Sie über mich.

Schließlich möchte ich noch Ihre Rede unserer Sache vor der ersten Kammer bestens. Da sie weitere Aufklärung verlangten so hat es gewiss auch den besten Willen dazu. Wie wäre es wenn Sie sich mit denselben dahin vereinigten, dass unsere Angelegenheiten gleichzeitig in der 1 & 2 Kammer zur Sprache gebracht würden.

Doch wir gesagt, ist überlassen des allen ihrem Interesse so bester für unsere Sache so sollen nach den besten Gefolg. Wollmirt zinsen Sie unsere neuen Collegen schon. Billig zu Rath, wo Sie gewiß thätig unterstützen würde.

Die Kammerverhandlungen wegen fortwährend des größten Interesse im Land; wo ist noch stehen, überall wird politisirt, selbst hier sind die Gemüther aufgeregt.

Mit großem Vergnügen hörte ich vor Ihre Schriften des Herr Ihre so starke Gesundheit, trotz der Strapazen Winters Klimas günstig gestehenden ist.

Ich wegsiehen indem die Aktenstücke, die ich für briefliche. so dann einstige Rückgabe ist die bitte.

Ihr freundsch. ergeb.

L. A. Jordan.

Düsseldorf d. 29 Januar 1846.

No 1. Vollmacht der Hoch. Commission.

— 2. Eingabe der Commissionsmitglieder ans Landcommissariat.

" 3. Aufforderung des Landcommissariats ans Bürgermeister-Amt.

" 4. Protokoll des Stadtraths & Ingesamtvotum des Bürgermeisters.

" 5. " " " " an die Regierung nach Cöln

" 6. Antwort hierauf an die Regierung.

" 7. Protokoll der Commissionsmitglieder an die Regierung in Speyer.

" 8. " " " " " an das Ministerium des Innern.

" 9. Vollmacht-Widerruf.

" 10. Antwort der Regierung hierauf.

" 11. Petition an den König.

" 12. Antrag mit den beruhigenden Versicherungen seiner einigen Bewegungen des Petitionsartikels nebst Antwort.

Sitzung vom 30t April 1844.

Der Bürgermeister H. Joh. B. Berg eröffnet zum ersten Punkt, daß er als Vorsteher der Gemeinde mit einer Abtheilung des Protocoll der Hebzirkel Commission vom 9t Februar 1844, die in allen seinen Theilen der Wahl der Gemeinde und seinen Obrigkeiten zum Grunde liegt, bestimme, und dieß um so mehr, als er durch die Einführung der Königlichen Regierung der Pfalz vom 24t September 1841. ad 70 Ex 15159. a. dat. 4. Juli aufgefordert wurde, daß die Hebzirkel Bündten wieder in seinen alten bestimmungen gerichtet werden sollen, also daß eine Einrichtung wieder in das Leben trete, die dem Willen der Väter conform sey; übrigens erkennt sich der Bürgermeister als Präsident der Hebzirkel commission gegen alle Einrichtung des Wunsch in die Verwaltung des Hebzirkels, so weit ja gegen die dem Bundestag beygelegt werden wollende Autorität der Oberaufsicht über den Hebzirkel, und zwar zu Recht mit folgenden Gründe.

1.) Durch das Consulat beschluß vom 20t Floreal Jahr Zehn sind unter Art 20 von der Unterdrückung und confiscation des Vermögens jene Anstalten ausgenommen, welche die Verpflegung der Kranken zum Zweck haben Eigenthum, welches dem Hospital Jahr seiner ersten Anlage vom Jahre 1778 an in seiner Verwaltung gewidmet war, dem Hospital sind folgende Gründe

Hospitals ausmachen und ausmachen, und keinen anderen Grunde, als die Berücksichtigung der vorgeschriebenen Hebzirkel stelle, zur Verfügung des Verwaltungs ist, und wenn nicht einander Zweck

Zeit der Gemeinde Bürgerrecht gegeben, hätte aber eine Restitution statt gefunden, so wären diese unmittelbar an das Bezirksgericht selbst zu rekurriren vide Consular Beschluß vom 24t frimaire Jahr XI art 2.

II Sind die Gemeinden zu Berathung commissarien in den Gemeinden, auf den dritten Sonntag zu versammlen zu einer Berathung von 4 Pluviose Jahr 6. über die Einrichtung der Municipalitäts-Gemeinden, welche dringend Artikel 1 und der Bürgerlichen Constitution vom Jahr III und alle zum Gesetz und in sich hat die Municipalitäts vorgenommen und denen Competenz Bezirk haben und deutlich Gesetz zu bemerkt worden bis zum besagten Berathungs Tag zu gehen hervor, daß die Gemeinde Beidesheim unter 5000 Einwohner, nur einen Municipal Agenten und seinen Adjunkten, also keine Municipalverwaltung hatte, daß diese Municipal, Verwaltung, zusammengesetzt aus dem Municipalagenten des Kantons, unter seinen Assistenten, und diese Bitz haben in dem Hauptorte des Kanton, allerdings durch die bestehenden Gesetze, als vorgesetzte Municipalitäts Stelle des Amts der Oberaufsicht über die durch Gesetz vom 16 Vendimaire V eingesetzten Municipalitäts Commissionen der in diesem Bezirke gelegenen, den Gemeinden zugehörig und Hülfsämter und Bitzler auszuüben beauftragt war; daß aber diese Municipalitäts Stelle nicht mit den Bürgerlichen Gemeinde verloren war zu sein schien, daß Bürgerliche Municipal, Verwaltung hatte, daß diese Municipalverwaltung zusammengesetzt aus dem Municipalagenten und seinen Adjunkten, und der Municipalverwaltung, zusammengesetzt aus dem Municipalagenten des Kantons, unter seinen Assistenten, und diesen

Das Gesetz vom 28. Pluvios Jahr 8 nimmt eine neue
Gebietseintheilung vor, setzt die Municipalverwaltungen
~~Municipalverwaltungen~~ und Agentschaften
Verwaltungen ein, setzt einen Verwaltungsorgan,
und übertragt unter art: 9. alle Verrichtungen, welche
bis dahin von den Municipalverwaltungen ausgeübt
wurden, dem Unterpräfecten, mit welcher Bestimmung,
welche auch dem Hauptgesetze und den Municipalitäten
Genüge thut, vereinigt alt unter Art: 12 die Namen der
Municipalbeamten in Maires, bestimmt in Art: 17. in
Beziehung auf die Polizey und die Civilfunctionen
und giebt unter Art: 15 jeder Gemeinde einen Municipalrath.
Hinsichtlich Gemeindewesen mit der Bestimmung welche Functionen
derselbe und zu üben habe, wovunter gehört die der Oberaufsicht
über die Verwaltung der Hauptgüter nicht begriffen sind,
hinlänglich zum der Ernennung der Commissionen, welche die
Hauptgüter der Municipalverwaltung durch das Gesetz vom
16. Messidor Jahr 7. art: 1 übertragen worden und die nun dem
Unterpräfecten übergeben gemäß art: 9. des besagten Gesetzes
vom 28. Pluvios Jahr 8. in Verbindung mit dem folgenden
Artikel. Das Gesetz vom 16 Thermidor X hebt nun das besagte
Gesetz nicht auf und abweichung die früheren Gesetzen.—

Es folgt also hieraus, daß durch diese gesetzliche Bestimmung
den Organen der städtigen Gemeindeverwaltung die Oberaufsicht
der Oberaufsicht über Handlungen der Hospitalcommission
keineswegs genommen kann, sondern, daß solche blos den oberen
Verwaltungsbehörden zustehe. ebenso steht es über
gesetzlich und verfassungsmäßig fest, daß der Grundsatz

wurde bey der Organisation der Hospital Commission
unter der Benennung Verwaltung, und übertrug ihr
den Vorsitz der Commission in Gemeinschaft mit der Einrichtung
und Verwaltung Gutt.

III. Gesetzlich ist durch die vom Königlich Landcommissariat
angeordnete Verordnung, welche in ihrer Vollständigkeit
besteht

= Les Commission sont exclusivement chargées de la
= gestion des biens, de l'administration intérieure, de
= l'admission et du renvoi des indignes." j: Gesetz vom 16 Messidor
VII art. 6.

Die Verwaltung der Hospitäler in seinem Vermögen und
in seinem Innern der Commission und Gesetzlich exclusivement:
unterbreitet;

IV. Laut dem Artikel 7. des selben Gesetzes ist die Ernennung
der in den Hospitäler Ökonomen, Verwalter, Rechnungsführer,
der Hospitalcommission übertragen j: Les employes des hospices
seront a la nomination des Commissions, ils pourront être
remplacés par elles :j

V. Das Kaiserliche Decret vom 18. Februar 1809. in betreff
der Congregationen zu nützlicher Hospitalsämter sagt:
im art. 5. Toutes les fois que les administrations des hospices
ou des communes voudraient étendre les bienfaites de cette
institution j: der Ernennung in Besitz :j aus Kösitouk ete
leur commune ou arrondissement, les demandes seront adressées par
les Préfets à notre ministre des cultes &c.

6. mehr im 16. Les dames Hospitalières seront, pour le service
des malades ou des pauvres, tenues de se conformer, dans les
Hôpitause ou dans les autres établissement d'humanité aux
reglements de l'administration &c.

Diese Verfügungen sind mit den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Messidor VII und der art. 6 & 7. in Übereinstimmung gebracht, wegen

Fixirung

a. Dass der art. 6. des Decrets vom 1809 festgesetzt mit art. 6. des Gesetzes vom 16. Messidor VII die Selbstständigkeit der Titularverwaltungen bezüglich der inneren Einrichtung — und die Benutzung derjenigen Räume gehört habe — unterstellt, indem der Verfasser der Titularverwaltungen nicht abhängig von dem der Gemeinden sein müsse, sondern durch die Artikel oder die Räume wie der Facultät-Titular oder Verwaltungen Besitzstand zu haben vermag, und dass der Titularverwaltungen ebenso direct an den Präfecten (Regierung) und den Minister gehe, als jene der Gemeinde, ohne dass der Verwaltung durch die Vorlage und Genehmigung des Präfecten der Hospitalcommission vom 9 Februar 1814. Allerdings der Artikel

b. Dass der art. 16 des besagten Decrets vom 1809. Statt und Statt, dass man die Pflege in den Titularen und Titular oder Verwaltungen übertragen wird, diese nicht mehr und nicht weniger sind, als Angestellten (employés) deren Berufung nach art. 7. des Gesetzes vom 16. Messidor VII den Verwaltungskommissionen zusteht und ein sich dem Verwaltungsverordnungen der Hospitäler zu unterwerfen haben, aber sind ist.

c. und dem art. 7 des Decrets vom 1809. Rechnung, dass der selben in Succursalen gewöhnlichen Besitzstand eine Wohlthat (les bienfaits de cette institution) nennt. Einem lange gehegten Wunsche der Gesetzgeber und die Einführung wahrer Titularverwaltungen und Gemeinden aufzuheben, ihre Einnahmen und Ausgaben einer allgemeinen unterstellen Wohlthat, als die Pflege jener Besitzstand ist, theilhaftig zu machen, welche Wohlthaten Anordnung einzig und allein den Fürsorgen der Hospitäler

= Commission und die Kasse selbst bey der Abschreibung der
nachbenannten Kapitalien am 9ten Februar 1824. behandelt
haben und ersterer noch folgende Einzelnheiten anführen.

Durch Vorlesung alter vorausgehenden Protokolle und Einsicht der
Zinsrechnungen wurde ersichtlich, daß gegen die Einbringung der
Zinsrückstände nichts vorgekehrt worden, und sie die modifizirte Depositivor
schrift nicht befolgt hatten, auch sie die Zinsrechnungen nicht
in dem Folge eine Zeitlang bis zum kommenden Termine
den 3ten Mai l. J. abschließen müßten, und den Gegenstand
zu überlegen und dann, wann sie es nöthig finden, allenfalls
weitere Einberufungen zu Protocoll zu geben und diesfalls
zu unterziehen.

Der Einnehmer Peyerl bittet in Rücksicht der billig sind diesen
Ansuchen nachzukommen zu können, führt zu diesem Behufe
besagten 3ten Mai nächsthin der Morgen 8 Uhr und stellt den
unterthänigsten Antrag mit, daß er um diese Stunde
genöthigt sie die weitere Einberufungen vorzunehmen und falls
Gehilfe Hausherr einstweilig seine, sie zu Protocoll zu nehmen
Worauf die sämtliche Verhandlungen geschlossen wurde
und Ihnen fortgesetzt zu werden
zu Protocoll genommen und Ihnen Einsicht der Zinsrechnungen
wie sie genehmigt und von dem Einnehmer unterfertiget,
Schreiben bestätigt. J. B. Berg

Sitzung vom 30. April 1845.

Um der Königlichen Landdrostei
Neustadt zum 19. d. M. April 1491. M. C. Szwanow in Wöhrigstein
Landwehr, sind Seine der Königl. Amtsverwalter Herr Hofrath
J. A. Jacobi, der Landschaftsmarschall, Amtsverwalter Freiherr
vom Hagen, der Landschaftsmarschall, Amtsverwalter Freiherr
Haller, Amtsverwalter und Hofrath von Hattenberg, Amtsverwalter
Landschaftsrath Wiehe und Amtsverwalter Hofrath Wiehe
Landschaftsrath Wiehe und Amtsverwalter Hofrath Wiehe
Landschaftsrath Wiehe und Amtsverwalter Hofrath Wiehe

Abschrift des Auftrags

zur

Neuen Vorstands der Hofgütal-Commission

zu Diedesheim

und

Herrn Andreas Adam des Landwirthes Hofbesitzers
d.Z. Hofgütal-Vicinalweg von Paul zu Munchen

über

die Einsetzung des Landwirthes Hofbesitzers
in die Hofgütal zu Diedesheim
abgehalten den 30.ten September
1845.

# Übereinkunft

zwischen dem Vorstande der Lokalgewerbekommission zu Dudes-
heim S. D. Gall Bürgermeister des besagten Orts Dudes-
heim und Lokalgewerbekommissär Busch von 9ten Feb.
1844. und Genehmigung Seiner Königl. Regierung des Rheinkreises vom 27ten März 1844 d. No. Ext. 9548. zu gegenwärtiger
Übereinkunft vereinigt erklärt worden

und

den Ordnungs Chefs der Gewerbsgenossenschaften der Seilermeister
von Dudesheim andererseits.

über

die Einführung der Gewerbsgenossenschaften in der
Bürgermeisterei Lokalgewerbe zu Dudesheim

## I. Artikel

Der Vorstand der Gewerbsgenossenschaften erklärt sich
einverstanden, die Ordnungs und Strafbefugnisse, welche
die ihm zu begründenden Rheinkreisischen Gesetze
Verordnungen, und Entschließungen Behufs in den Lokalgewerbe
zu Dudesheim zu übernehmen.

## II. Artikel

Zur Realisirung der gemachten Vorschläge
sind die Ordnungs Chefs vorläufig mit den Gewerbsgenossen
schaften zu studiren, dieselben die obere Leitung der ge-
nannten Gewerbsvereine übernehmen, und den Lokalgewerbe
Vorstand bilden soll.

## III. Artikel

Sollte in der Folge die beigegebene Gewerbsordnung mehr
Strafe als angegeben erfordern, so kann mit gegen-
seitig

Arbeiten nicht auf Mal zu geben sei Endurteil die
Zahl der Personen genannt werden.

## IV Artikel

Die Personen sind verpflichtet alle Briefe welche
an Soldaten oder Gefangenen in die Anstalt einzusenden
werden, gewissenhaft zu prüfen und in Bezug auf den
Inhalt der vorgeschriebenen Maßregeln die Zulässigkeit dieser
Sendungen und somit jeden für regelmäßig Briefe
" Folge zu setzen die Vorschriften die Regeln genau zu befolgen.
Hierbei sind Erlaubnisse, die Besuche und Briefe zu
nicht mündlich an den Personen zu Folge werden.

## V. Artikel

Den Personen werden zwei Dienstboten beizugeben,
nämlich ein Mann und eine Frauensperson, welche zu dem
nöthigen werden dürfen, sobald die ihnen zu kommende Ver-
richtungen von Offizieren verrichtet werden können.
Die Anstellung und Entlassung dieser Dienstpersonals
steht unter vorgängigen Einsicht mit dem Vorstande der
Gefängnisanstalt, den Personen Vorschriften zu

## VI Artikel.

Die gesamte Kleidung, insbesondere Reinigung,
Ausbesserung und Erneuerung der Wäsche, so wie der Bettung
und Lagerung sind von den Personen besorgt, wobei
Ihnen jedoch gestattet sein soll, im Falle der Bedürf-
nisse die nöthige Hülfe in Anspruch zu nehmen.

## VII Artikel

Das gesammte Personal-Zeugs und Dienstbotenwesen, so wie die Oberaufsicht über die Anstalt, steht der Subsidien-Commission, die Handhabung der innern Subsidienpolizei aber der Oekonomie zu, welche jedoch in wichtigen Fällen die Entscheidung der Commission einzuholen verbunden wird.

## VIII Artikel

Die Subsidiencommission wird ferners ihren Einfluss auf den Personalstand dahin verwenden, dass die nöthigen Hände zu der Handhabung der innern Subsidienpolizei erforderlich sind, dieselben werden der Commission namentlich bezeichnet, um möglichst wenige davon abhängen.

## IX Art.

Für jede der Personen rechtlich dar Mittagessen zur Verfügung der Anstalt Ihrer Majestät und sonstigen Bedürfnisse, wird den Aufseherinnen man jährlich fünfzig Gulden.

## X Art.

Zur Waschung wird den Personen jenes Theil des Hauptgebäudes, welches hiefür man der Subsidien-Anstalt bestimmt wird, und dann man derselben gleichzeitig mit der Uebernahme der Anstalt bezogen werden. Alle übrigen Lokalitäten sollen ~~abgenommen~~ Behufs der Abhaltung der obgenannten Zwecke zur Disposition gestellt werden.

## XI Art.

Jede der Personen erhält nur unentbehrliches Mobiliar, dessen Anschaffung den Personen auf Rechnung der Subsidienanstalt überlassen bleibt.

## XII Art:

Die Beisitzer des Consistoriums haben gemäß der ihnen
„gewordenen Instruction gesandt so viel sind, als
und die Stelle der mit Tod abgegangenen gesetzt werden,
sind zur Last der Gerichtsbarkeit.

## XIII Art:

Die Generalsuperintendenten sind berechtigt, die ihnen gesetzten
„Herren Consistorien zurückzurufen und an die Stelle der
„selben andere zu senden, dagegen steht auf der Gerichts-
„barkommission das Recht zu, die Absetzung und Ersetzung
„beizuziehen das Ansinnen eines andern Consistoriums ab zuweisen
Ersetzen zu verlangen. Im ersten Fall steht der
Mitbestimmung im andern Fall die Gerichtskommission
die Last der Beisitzer. Die vorgeschriebenen
Gerichtstitulaturen der Herren Obern, will der Mitbe-
stimmung bestreiten.

## XIIII Art:

Die Consistorien werden sowohl geistlich als Rechtlich auf
Grund der Gerichtsordnung entscheiden, nach den Statuten, ihren
Congregationen im Falle der Abstand bindig ist und sind
sie Landesherrlich auf Kosten der Gerichtsordnung

## XV Art.

Sollte in der Folge die Gerichtskommission sich
veranlaßt glauben, den gegenwärtigen Vertrag
aufzulösen, so muß sie denselben durch ihren
Vorstand verbindlich den Herren Obern ein Jahr vor-
her in Antrag zu setzen, und sodann der Mitbestimmung
zurückbleibenden Consistorien den vollen Jahresgehalt
abzuführen.

~~XVI~~ Art:

Pflichtschuldigst erbittet sich Ordnl Obere dass sie im Namen
der Mitbetheiligten vollkommen gezwungen sehen auf alle
~~Eingaben gezwungen auf alle Eingaben~~
bisher durch die Ordnung der Besitzstand sich
ergeben werden, und dass die Vorschreiben gezeichnet
sein, alle Erledigungen gewissenhaft sein die Obrigkeit
zu verbinden, anschliessend zum Besitz der Ordnl auf
den Besitz oder Genuss aller Berechtigungen und Vermögens-
rechte, welche der Obrigkeit oder den Besitzern zu-
stehen zugesichert.

XVII Art:

Die Genehmigung der vorgesetzten Obrigkeit so-
wohl als der Bischöflichen Behörde zu erwirken, ist
dem bereits zu allen Verhandlungen ermächtigten
Landgericht Rat Joseph Riedl übertragen.

Nachdem gegenwärtiger Vertrag abgeschrieben
und unterzeichnet wurde.

Ried den 30. Septbr. 1845 Landgericht abzu-
halten fortgesetzt und sogleich abgeschlossen.

Joseph Riedl
Landgerichts Assessor

Joseph Ritter von Lasser
Landgerichts Assessor

Joh. Bapt. Gaug
Landgerichts Assessor.

In Verfolgung, daß Seine des Bundestags
Herrn Gesandten Sitzung vom 30ten
April 1845. gegen die Einführung
der Ordnung der bürgerschaftlichen Verhältnisse
in den hiesigen Hebammenlehranstalten
hat und beehrt sich ergebenst bei
der vorgesetzten Behörde gefälligst
gefälligst Veranlassung nimmt
Seiner Gesandtschaft-Abschrift
mitzutheilen.

In Verfolgung, daß Seine Königliche
Landcommissariat in seiner
Zuschrift vom 19ten April 1845.
ersucht, daß der Bundestag
über die landespolizeiliche Verordnung
in Hebammenlehranstalten

[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

In Erwägung, daß dem
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
Lokal-Commission zwar die
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
Gemeinde und gegen den
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
Beamten-Antrag-genommen
Willen der Mehrheit der
Commissions-Mitglieder
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

beschleunigt der Bundesrath, sofern
Bayern es wünscht, seine Stimme
selbst zu
führen,
1.) zu verfügen, daß die Hebezeit
Commission, oder diejenige, deren
Vorstand nicht befugt sei, in
der Organisation der Hebezeit
ohne Zustimmung des Bundesrath
eine Aenderung mit weitern Folgen
2.) den beiden ständigen Vertretern
mündlich und ganz vertraulich
Vollmacht zu ertheilen, Namens
ihrer Regierung zu stimmen.

Ordnung?

Allerdurchlauchtigster, grossmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

Die allunterthänigst treugehorsamste Stadt Heidesheim, umgeben von mit einer Liebe vor die Person des Throns Ihrer Königlichen Majestät zu treffen, von tiefen allerunterthänigsten Gefühlen für Wohlfahrt und die Zufriedenheit seiner ihrer Mitbürger absteigt.

Der Bürgermeister unserer Stadt und sämtliches Gemeinderath der Gebietsrath Commission hat vielfältig gegen die wirklich Statt der Königlichen Regierung übergebenen Entwurf des Gebietsrathes und Landrathes mit den Gemeinden der benachbarten Bezirken in Mainz einen Vertrag abgeschlossen, der dem Bürgermeister noch bereits von der Königlichen Regierung der Stadt zugesichert ist. Der Bürgermeister einen Rath der Gebietsrath Commission Rath Vollmacht vom 9 Februar 1844 mit ausdrücklich angeführten ob der Ordnung der benachbarten Gemeinden gesichert wäre, bei einer stattfindenden einen Organisation des Gebietsrathes einige Gemeinden abzutreten und sich zu verbinden wie sich sich unter dieser Leitung die Gelegenheit eines Tausches stelle.

Die Commission gab diese Vollmacht

im guten Glauben, nicht erfüllt, daß
darselbe seine ursprüngliche Richtung gegeben,
oder daß Verweis sein sogar der Partey
selbst, oder derselben nahen Anverwandten
gleichen mitgetheilten, erbgenossen Rau
erwarten könnte.

Daß jedoch einerseits die Obsistenz
des Hungerwinters bekannt und die
große Majorität der Commission sich
sich bereits im April 1845 veranlaßt
sein gesehen an das Königliche Land-
Commissariat zu wenden, worin sie
erklärte, daß sie die Verunsorgung
Schlesiens für unsere Provinz nicht gesi-
chert halte und daß sie sich im Vereine
gegen alle weitere Schritte des Hunger-
winters verwahre und begründete
diese Einsprache eine besondere Verfü-
gung, daß die Unterstützung von einer
Schwangerschaft mit einem Mädgen, einem
Knaben Kindtaufgeschenke für Städte wie ein
ländliches Verhältniß nicht ungerechtfertigt
erscheinen kann, daß sich in keinem
Verhältniß stehe zur Leistung
von einem Kranken, welche im gesetzten
Falle im Hospitale verpflegt werden
müssen könnte. Die Majorität
der Commission kann Gründe und
Ausführung einer besonderen Eingabe
bei dem Landcommissariate ein,

und einen der Beschwerdeführer Namens Engelhard zu hören und fest sich, als die Sitzung nicht gestattet erwies, genötigt in einem besonderen Protokoll einen Herrn Königlichen Regierung in Speyer und einen Herrn Königlichen Ministerium des Innern ihre Wünsche vorzutragen.

Auf der Vertretung in seiner Stellung als Vertreter der Gemeinde der Stadt und der Gemeinden der Königlichen Bezirksamt, konnte nicht einsehen, sich in einer vom Königlichen Landkommissariate entsendeten Sitzung gegen die einseitige Feststellung des Königlichen Ministeriums des Innern zu verwahren. In seinem Protokoll protestierte er ferner gegen die nachträgliche Abänderung seiner bisher so einstimmigen Abstimmungs-Ansicht in eine Minderheits mit Verantwortlichen Personen, ganz dem Sinne des alten Distrikts Rates Adelhein von Böhl entsprechen.

Der Vertreter der Behörde so nicht entsprechen, dass er sich in seiner Rechte stehe, und dass auf Ansicht der Stiftungs-Urkunde, der Einzelnen nicht der als Vorstand des Gebietsamtes nicht berechtigt sein könne, Vertretungen abzuschließen, die der Abstimmung der Ansicht so unpassend widersprechen und ins Gegenteil die, zum

Erzüg der Einkünfte des Hospitals
Vermögens mit Ausschluß Gemeinde
Niederkirchen von jeder Zeit
unsere faktisch ausschließen.

Im Jahre 1778 gestattete der
Fürstbischof Clemens von Speyer,
gegen Einsprache und Vorstellungen
der hiesigen Vorsteher durch
Erlaß von 25000 den Oden
der benachbarten Brüder mit acht
Betten für Kranken hier einzu-
kehren. Der damalige Magistrat
suchte mit der bischöflichen Regie-
rung bei den Reichsgenossen über
diese Angelegenheit einen weitläufigen
Prozeß, der endlich zu Keiner
Entscheidung gebracht werden konnte.
Und dennoch diese Anstalt der
ins jetzt zugenommen, mit neu-
zuziehen, der diese Brüder in ganz
Ärztan und einem Apothekar Assistenten
und zwar in einer Zeit, in welcher
der Gebrauch Baiden in der Form
zu Salben etwas. Dennoch wurde
aber auch schon die Entstehung ge-
macht, daß die Einkünfte des
Hospitals von den benachbarten
Brüdern und der wenigen Kranken
häufig benutzt werden und zur Unter-
stützung der übrigen Armen nicht

übrig blieb. Und Angesichts dieser Erscheinung sollen wir heute nun über diesen Orden Gerichtet halten und sollen diese Erscheinung sogar eine öffentliche Blöße nennen, schändend, Ungnaden!

Wenn es je Not tut der Armen und Kranken Hilfe zu bieten, so war es gewiß in den Tagen und Wochen, als uns das Lazarett der Barmherzigen Brüder mit Leben erfüllte. In diesen Wochen Zeiten war es aber als ein unschätzbares Glück anzusehen, daß der Hospitalorden seine Mittel wieder zugeben wurde, um Dienste für die Bedürftigen zu tragen.

Das Barbarenheer stellte seinen Arzt dar, der pünktlich seinen Krankenmeisterlich zu besorgen hatte und einen Apothekar, der die Arzneien frei einsetzte. Außerdem kommen Stoffe für Armen, verbindende Unterstützungen an Geld oder Lebensmittel zu selben.

Auf diese Weise konnte man einander Hilfe in allen Lagen bringen und es war gut festbar, wie schwierig diese die Hand die Fürstbischofs, vielmehr in Chefs Absicht, gewirkt hat.

Wir wollen nun in tiefster Ehrfurcht auf die schöne Willensäußerung unseres

abzunehmen, seine Bitte zu gewähren
und zu der Aufklärung beizutragen,
daß wir aber vorzüglich auf die
von dem Fürstbischof Stojkem
geschenkten 25000, obgleich diese
damals fast ganz zur Einrichtung
und Herstellung des Gebäudes war
verwendet und also so wenig dieses
Fonds Zweck war einstatt zu finden,
zu warten, als seine Orden sich
gesetzt zu haben, das bei unseren
jetzigen Mitteln nicht die Bitte
Statt haben kann, die er in
gewöhnlichen Zeitläuften vielleicht
hat.

Wir glauben nicht, daß die Com-
mission bei der Pflege
von [einem] Bruchen etwas von
den Baumaterialien anbringen.

Was bleibt dann für die gesetz-
lichen Erben, denen wir nach
den festgesetzten Principien, so
viele Jahre, noch übrig? Warten
diese nicht eine Einrichtung be klagen,
die ihnen die gewünschten Unter-
stützungen nutzlos und gegen
explicite sich der Durchmarsch, die
Hofzitel Commission und die un-
endliche Weitschweifigkeit der Sprache
so lange weiter schon ausgesprochen
hatte?

Euer Königliche Majestät allerunterthänigste Eingabe der Bürgermeister und Rathsherren der Stadt Peine enthält die Anzeige, daß die Einwohner dieser Stadt, welche bisher zu dem Amte Meinersen gehörten, sich nicht geneigt finden, ferner Beiträge zu den Kosten der Unterhaltung des Amtshauses daselbst zu leisten, und daß sie deshalb um Abtrennung dieser Stadt und ihrer Feldmark vom Amte Meinersen und Vereinigung mit dem Amte Peine gebeten haben.

Da nun gegen diese Abtrennung und Vereinigung von Seiten der Amtsunterthanen Meinersen Einwendungen gemacht sind, und da es nicht zweckmäßig erscheint, die Stadt Peine mit ihrer Feldmark von dem Amte Meinersen zu trennen, ohne zugleich über die Vertheilung der Amtsschulden und der Amtsgerechtigkeiten zu verfügen, so finden wir Euer Königlichen Majestät allerunterthänigst anheimzustellen, ob Allerhöchstdieselben geruhen wollen, die Commissarien, welche zu Regulirung der Auseinandersetzung zwischen dem Amte Meinersen und der Stadt Peine ernannt sind, zu beauftragen, auch über die Vertheilung der Amtsschulden und der Amtsgerechtigkeiten zwischen dem Amte Meinersen und der Stadt Peine gutachtlich zu berichten.

Die Einwohner der Stadt Peine sind bis jetzt allen religiösen Zwangsmaßregeln fremd geblieben, sie sind stolz darauf, dem katholischen Glauben ihrer Väter anzugehören, wozu Ew. Königlichen Majestät selbst einen sprechenden Beweis durch die Errichtung einer katholischen Pfarrstelle in ihrer Mitte gegeben haben. Sie sind bis jetzt in so vielen Gemeinden und Familien von Andersdenkenden und das Glück so Mancher trüben.

Die allerunterthänigst Unterzeichneten gehorsamst Unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes und der Hospitalcommission unterstützt von fast allen Einwohnern der Stadt Peine, wenden sich jetzt mit der Bitte, daß Ew. Königlichen Majestät

mitzuzeichnen, den Beitritt unseres
Eingenommenen und Beisitzers der
Zehntkommission mit den Ehren
der Unterzeichneten Obrigkeit zu
genehmigen und die von der
Königlichen Regierung der Herz
ogthümer erhaltene Genehmigung
zurück zu erbitten.

In tiefster Ehrfurcht ersterben
Euer Königlichen Majestät
allerunterthänigste treu gehorsamste

Deidesheim d. 31 December
1845.

Gemeinderath
Vorstand

Michael Diehl Beirath
Jos. Ad. Bürger Beirath
J. Brenner Beirath
Wd. Unser
W. Eisenbeis Beirath

Wilhelmy Adjunct d. Hofgerichts
J. Jordan, Beirath.
P. Eichelmann Beirath
W. Koch Hofgerichtsrath
H. Schmidt Beirath
F. Glaser Beirath
H. B. Reinhold Stadt d. Hofgerichtsrath
W. Conrad Beirath
J. Hirschler Beirath
J. Conrad Beirath

J. Joseph Schaffer
Stud. d. Gießen
J. Weichard

Fried Seyler
z

W. Glaser

Peter Anton Schaeffer

Gg. Beck
Conrad Eichelmann
Gabriel Platz
Heinrich Meilhaus.
Ferd. Schuler, Benjamin
Cl. Sachs
Christian Schäffner
Heinrich Bard
Conrad Adel
Christian Mathesius
Johann Schmitt
Jacob Christmann
Ernst Herzog
Matthias Hünerling
Eduard Decker
Johannes Lehmann
Sebastian Hoffe 2
Leonhard Wolf
Johannes Adam
Heinrich Liebler
Georg Leis

Aug. Seyler
Otto Steinbach
H. Mohr
Eduard Herzog
Caspar Reis
Gg. Hessenbach
Johann Falk
Eduard Schäffer
Heinrich Helps
Wilhelm Fink
Georg Neubert
Georg Benkert
D. Müller
Andreas Reisinger
Ludwig Mohr
Johann Heinrich
Anton Lehn
Ludwig Fischer
Jacob Rabi
Conrad Gast
Nikolaus Mathesius
Johannes Mathesius
Heinrich Schäfer
Valentin Singer

Johannes Aust

Nikolaus Schäfstuss

Georg Großgumbüchse

Jakob Heiss

Martin Heiss

Wilhelm Abel

Heinrich Just

Franz Lorentz

Johann Adam Heiss

Philipp Lorenz

Wendel Hagemeister

Heinrich Ringwald

Johann Wendel Glaser

Wendel Wendel

Georg Bienzäbner

Heinrich Großgumbüchse

Franz Kessel

Georg Lehmann

Georg Schneider

Jacob Lorentz

Martin Lehmann

Georg Adam Heiss

Philipp Lorenz

Wendel Hagemeister

Heinrich Ringwald

Nikolaus Lorentz

Heinrich Just

Wendel Glaser

Wendel Wendel

Georg Bienzäbner

Heinrich Großgumbüchse

Franz Kessel

Georg Lehmann

Georg Schneider

Jacob Lorentz

Johannes Schuh

Nikolaus Kirchgäßner

Johannes Jacob

Wendel Abel

Georg Kinst

Georg Dietz

Johann Wendel Liebknecht

Wendel Lützenheimer

Nikolaus Neuhaus

Heinrich Liebenow

Adam Heiss

Wendel Berg

Nikolaus Kirchgäßner

Georg Just

Heinrich Lichtenwanner

Nikolaus Ansbinger

Konrad Neuschwanger

Martin Hartmann

Konrad Ansbinger

Matthäus Jäckel

Adam Mulert

Johannes Metzgerow

Franz Schuh

Johann Adam Hartmann

Franz Joseph Neher

Johannes Just

Nikolaus Richard

Georg Just

Nikolaus Kirchgäßner

Anton Reis

Matthäus Nies

Adam Reis

Johannes Richard

Georg Just

Georg Schäffler

Friedrich Riedel

Christoph Klopfer

Adam Dorn

J A Pfeiffer

Nicol Jacobi

Jakob Ring

Mundl, Pfeiffer

Nikolaus Clemmann

Mathias Mosbeck

Anton Pfeiffer

Nikolaus Pfeiffer

Johann Ludwig

Nikolaus Pfeiffer

Jacob Adam Waldmann

Adam Braun

Adam Lorenz

Jos Schmitt

Nikolaus Wolf

Sebastian Klopfer

Adam Pfeiffer

Johann Adam Klopfer

Joh. Adam Dreyer

Peter Klamm

Johann Adam Lutz

Jacob Klopfer

Christoph Kreis

Conrad Hellmer

Johann Mundl Jäger

David Emrich

Heinrich Hellmer

Nicolaus Mosbeck

G. Ed. Mosbach

Nikolaus Weitknecht

Adam Lamm

Heinrich Leichtenberger

Conrad Lamm

Georg Jacob Jaeckel

Andreas Wiesenfeldt

Martin Platt

Peter Platt

Johannes Hellmer

Johann Mundl Lauer

Heinrich Klug

Johannes Dehm

Mundl Lauer

Peter Lauer

Georg Jacob Jaeckel

Mundl. Pfeiffer

Leonhard Mumm

Nicolaus Adam Ensle

M. Ring

Nicolaus Dietzler

G. Weitknecht

Heinrich Knecht

Martin Dreyer

Johann Baumgart

Adam Hemmerich

Jonas von der Lieth

Heinrich Heinrich

Heinrich Lamm Lieb

Joh: Adam Bast
Heinrich Mosbacher
Georg Hirt
Johann Hein
Jh Doll
Ludwig Hock
Wilhelm Lay
Johann Georg Bürkel
Johann Adam Lick
Nicolaus Weitland
Simon Hofmann
Wendelin Abt
Johann Eduard Steinbeck
Georg Bachmeyer
Georg Liebenguth
Johann Reisch
Jakob Fuchs
Georg Hess
Deutschländer
Michael Bräuer
Martin Schmidt
Philipp Heinrich Lautz
Philipp Bachmann
Franz Müller

Heinrich Fürst
Anton Immanuel Albert
Friedrich Ziegler
Heinrich Jäger
Ludwig Albert.
Martin Fuhrmeister
Joh: Ad: Walter
Jakob Korbel
Joh. Braun
Heinrich Fuchs
Martin Hofmann
Gebhard Lenz
andreas Ludwig Gutt
Wilhelm Lorenz
Philipp Winter
Johann Fuchs
Peter Diehl
Jacob Bürkle
Valentin Heidenheimer
Michael Rieth
Georg Adam Rieth
Joseph Hensel
Conrad Hund
Johann Peter
Joachim Adam Kraft

An

das K. Landcommissariat Neustadt a/H.

Die Verrechnung und
Einreichung im laufenden
Polizeifach betreffend.

Die gehorsamst-unterzeichnete
Vorsteherin der Polizei-Commission
zu Deidesheim & Niederkirchen fühlt
sich zur Zeit ihres Präsidiums berufen,
über die Verrechnung und Einreichung
der Titular-Übersichten, namentlich auch
über die Verrechnung der Polizeistrafen
sowie die Einziehung einzelner und
einzusetzen, ob nun für die Verrechnung
festgesetzt sind, und zur gewissenhaften
Polizeifach, einige Verrechnungs-Abweichungen
erfolgen könnte, in welchem nun sich für
dem Einreichung entstehen könnte.

Die gehorsamst Unterzeichnete
fühlt sich demnach verpflichtet
Zeit zur gewissenhaften Pflichterfüllung

über die Verwaltung und Einrichtung
der Hofzitäler überhaupt, und insbesondere
über das Verfahren der Beamten
sich zu benehmen und überhaupt
alles wichtige zu überlegen, was auf
diese Anstalt Einfluß hat. Da
zwar jeder Gemeinde so viele einzelne
Punkte liegen hat, die nur sie allein
vorzüglich ganz zu Herzen gehen können
Der Herr Präsident schließt seinen
Vortrag damit, daß die Commission
Vorschläge und Gutachten vorlegen
und sonst nur nichts
ändern soll.

Die Mitglieder der Hofzitäl-
Commission sollten also diese sechs
Punkte von der Landcommissariats
in Folgendem dieser Ausschuß
durchgehen, weil unsere Obrigkeit
sonst durch die Beamte und
Ausschüsse dieses Präsidium, welche
blos von einem Theile der
Gemeinde und der Commission
gewählt werden, eine falsche Vor-
stellung von den Wünschen der
Hofzitalcommission erhalten
könnte.

a) Wie sind diese Vorschläge gegen die

† wie nämlich die Vorschläge
sämtlicher Obrigkeiten mit
Rücksicht auf 2., widrigen
Umstand erhalten.

die Einrichtung der Verwaltungsbezirke
Bezirksämter in unserem Herzogthum.

2.) Behufs der zweckmäßigsten
Besorgung der Verwaltungsgeschäfte
wird bei allen Hofgerichten Hofrath
ist einer geeignet befähigten Beamten
zu übertragen das Amt Friedensrichter
Beamten Personen wird und damit allen
mit gutachtlichen Verwaltungsbezirken beizugeben
Durch diese Personal Verhältnisse unter
der unmittelbaren Aufsicht der
Commission Stadt, Land und
Verwaltung und Justiz Verwaltungsbehörden
und einfachsten und wohlfeilsten der
zu stellenden, und sollte man
Ursache zu Beschwerden haben, so
stehen den Abänderungen der Personen
ab mit Vorschlägen Beschwerden
welche unter der Oberin, und nicht
unter der Commission stehen und
dazu nicht so leicht mißbraucht werden
können.

Mit möglichst schneller Besorgung
des H. Landescommissariates

Diedesheim d. April 1845

Gehorsamste
W. Hoeg
J. B. Limbach
W. Koch
J. Brestel
M. Wellmann
M. Rau
Hagen
W. Coerver